

Keller-Sutters Fachleute kritisieren Verzicht auf höheres Rentenalter

Die Finanzverwaltung warnt vor untragbaren Belastungen für die Berufstätigen und die Sozialversicherungen

TOBIAS GAFAFER

Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer werden von einem höheren Rentenalter verschont bleiben. Der Bundesrat will die absehbaren Lücken bei der AHV stattdessen mit höheren Steuern und Lohnbeiträgen decken. Das sehen die Leitlinien vor, die die Regierung Ende des vergangenen Jahres beschlossen hat. Sie will die Frage eines höheren Rentenalters erst mit einer weiteren Reform angehen, die frühestens im Jahr 2040 in Kraft treten dürfte. Bis dann sind die jüngsten Babyboomer längst in Pension gegangen. Beobachter waren überrascht, wie einfach Innenministerin Elisabeth Baume-Schneider (SP) diesen Kurs im bürgerlich dominierten Bundesrat durchbrachte. Die Ämterkonsultation in der Bundesverwaltung, in die die NZZ über das Öffentlichkeitsgesetz Einblick erhielt, zeigt nun, dass sich zwei Departemente kritisch einbrachten.

Für mehr Tempo hat sich die Eidgenössische Finanzverwaltung im Departement von Karin Keller-Sutter (FDP) ausgesprochen. Sie wünsche schon heute einen Entscheid, der die zentrale Frage des Referenzalters umfassen müsse, schreibt die Direktorin Sabine D'AmeLIO-Favez in der Stellungnahme.

11 Milliarden pro Jahr

Die Eidgenössische Finanzverwaltung verweist auf die ungünstige Entwicklung der ersten Säule. Die Lebenserwartung steige in der Schweiz von Jahr zu Jahr, wodurch sich die durchschnittliche Dauer der Rentenzahlungen der AHV immer weiter verlängere. Gleichzeitig verschlechtere sich das Verhältnis zwischen den Berufstätigen und den AHV-Bezüglern laufend. Werde das Rentenalter nicht an diese Realität angepasst, werde die finanzielle Belastung der Berufstätigen und der Sozialversicherun-

gen langfristig untragbar. Der Bund beteiligt sich zu rund 20 Prozent an den Kosten der AHV. Schon heute handelt es sich mit jährlich rund 11 Milliarden Franken um seinen grössten Budgetposten. Mit der 13. AHV-Rente und der Zunahme der Bezüger wächst dieser in den kommenden Jahren stark, was den Spielraum für andere Ausgaben einengt.

Einwände hatte auch das Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) im Departement von Guy Parmelin (SVP). In seiner Stellungnahme kritisiert es, dass das Innendepartement darauf verzichtet habe, ein höheres Rentenalter zu prüfen. Dies erschwere es, das Arbeitskräftepotenzial verstärkt auszunutzen, gerade mit Blick auf die bevorstehende, demografisch bedingte Verknappung von Arbeitskräften. So werde es auch schwieriger, die AHV finanziell nachhaltig aufzustellen.

Das Seco kritisiert das Departement Baume-Schneider grundsätzlich.

Die vorgeschlagenen Massnahmen, die das finanzielle Gleichgewicht der ersten Säule sichern sollten, basierten praktisch ausschliesslich auf Mehreinnahmen, schreibt Eric Scheidegger, der Leiter der Direktion für Wirtschaftspolitik.

Kein Gehör für Einwände

Wenig hält das Seco auch von den geplanten Massnahmen, die den Verzicht auf eine Erhöhung des Rentenalters bis zu einem gewissen Grad kompensieren sollen, indem sie die Erwerbstätigkeit bis ins hohe Alter fördern. Diese dürften sich als wenig wirksam erweisen, schreibt Scheidegger. Der Bundesrat will das Arbeiten bis zum Referenzalter 65 und darüber hinaus fördern, indem er unter anderem den Freibetrag für die AHV erhöht.

Das Seco zeigt sich überzeugt, dass eine moderate generelle Erhöhung des Rentenalters im Zeitraum zwischen

2030 und 2040 das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis hätte, aus volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Sicht. Das Rentenalter solle zum Beispiel gestaffelt über mehrere Jahrgänge um ein Jahr erhöht werden.

Der Bundesrat hatte kein Gehör für die Einwände aus dem Finanz- und dem Wirtschaftsdepartement. Guy Parmelin und Karin Keller-Sutter liessen zwar ihre Fachämter zwei Mal Kritik üben. Aber bei der entscheidenden Weichenstellung, die bereits im Juni 2025 stattgefunden hat, hielten sich die bürgerlichen Bundesräte vornehm zurück. Mit Ignazio Cassis (FDP) verlangten sie, ein höheres Rentenalter müsse weiter geprüft werden. Dringlich war dies für sie jedoch offenkundig nicht.

Baume-Schneiders Innendepartement ist nun dabei, einen Vorentwurf zur AHV-Reform auszuarbeiten. Er soll im Frühling dieses Jahres in eine Vernehmlassung gehen.